

Antrag auf Beitragsgewährung

für laufende Ausgaben für das Jahr

gemäß Artikel 20/bis des Landesgesetzes vom 30. April 1991, Nr. 13

Die Stempelmarke von 16,00 Euro aufkleben oder
Daten zur Stempelmarke angeben:

Ausstellungsdatum

Seriennummer

Die Verpflichtung für die Entrichtung der
Stempelmarke wurden erfüllt und die
Stempelmarke wird ausschließlich für dieses
Ansuchen verwendet.
Das Original der entwerteten Stempelmarke ist für
eventuelle Kontrollen von Seiten der zuständigen
Ämter aufzubewahren.

An die

Autonome Provinz Bozen - Südtirol

24. Abteilung Soziales

24.1. Amt für Kinder- und Jugendschutz und
soziale Inklusion Kanonikus-Michael-Gamper-Str. 1
39100 Bozen (BZ)

Tel. 0471 41 82 30

E-Mail: kinderjugendinklusion@provinz.bz.it

www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft

PEC:

kinderjugendinklusion.minoriinclusione@pec.prov.bz.it

STEMPELFREI laut D.P.R. vom 26. Oktober 1972, Nr. 642, Tabelle "B":

- ☐ Punkt 16 (öffentliche Körperschaft)
☐ Abs 5 und Art. 104 Abs. 1 (Körperschaften des dritten Sektors)
☐ Punkt 27/bis (Onlus) Gv.D. 117/2017 in geltender Fassung Art. 82,
☐ laut G. 266/91, Art. 8 und L.G. 11/93:
im Register der ehrenamtlichen Organisationen eingetragen

Der/Die Antragsteller/in

Familienname Vorname

Geburtsort Provinz Staat

Geburtsdatum Geschlecht ☐ männlich ☐ weiblich

Wohnhaft in PLZ Ort Provinz

Straße / Platz Nummer

Telefon E-Mail

Steuernummer

Name der Körperschaft

Benennung des Projektes/
der Initiative/des Dienstes

Rechtssitz: PLZ Ort Provinz

Straße / Platz Nummer

Telefon

Internetseite

Verwaltungssitz: PLZ Ort Provinz

Straße / Platz Nummer

Telefon

MwSt.Nr St.Nr

IBAN

Zuständige Person

Telefon E-Mail

Gegenstand des Ansuchens: Gewährung eines Beitrages für laufende Ausgaben

Auszahlung eines Vorschusses von 50% des gewährten Beitrages ☐ ja ☐ nein
(für neue Körperschaften oder jene, die nicht um 70% angesucht haben)

Haupttätigkeit des vorliegenden Ansuchens angeben:

- ☐ Bereich Kinder- und Jugendschutz ☐ Bereich soziale Inklusion und Randgruppen

Die Mitteilungen sollen in folgender Sprache und an folgende Adresse geschickt werden:

- ☐ Italienisch ☐ Rechtssitz
☐ Deutsch ☐ Verwaltungssitz

E-Mail oder PEC

Erklärungen und weitere Angaben

laut Art. 47 des D.P.R. 445/2000:

die Mehrwertsteuer (I.V.A.) hinsichtlich der den Beitrag betreffenden Ausgaben

- ☐ ist nicht abzugsfähig
☐ ist in vollem Ausmaß abzugsfähig
☐ ist teilweise abzugsfähig %

Verschiedene Informationen (im Falle öffentlicher Körperschaften nicht auszufüllen)

- ☐ Im nationalen Register des dritten Sektors (RUNST) eingetragen
☐ Im Landesverzeichnis der ehrenamtlichen Organisationen eingetragen
☐ Im Landesverzeichnis der Vereine zur Förderung des Gemeinwesens eingetragen
☐ Im Landesgenossenschaftsregister eingetragen ☐ Typ "A" ☐ Typ "C"
☐ Im Nationalen ONLUS-Register eingetragen (Körperschaften ohne Gewinnabsicht)
☐ Im Register der juristischen Personen eingetragen (Anerkennung der Rechtspersönlichkeit laut Privatrecht)
☐ Konventionierte Körperschaft

Anlagen:

- ☐ a) ausführlicher, mit statistischen Daten versehener Bericht über die im Vorjahr abgewickelte Tätigkeit mit dem Hinweis auf die erreichten Ergebnisse in Bezug auf die gesetzten Ziele;
☐ b) zielsetzendes Programm der im Bezugsjahr vorgesehenen Tätigkeit mit Begründung für eventuelle Ausgabenerhöhungen oder –verminderungen im Vergleich zum Vorjahr;

Anlagen:

- ☐ c) beglaubigte Abschrift des **Statutes** und des **Gründungsaktes** (falls das Ansuchen das erste Mal eingereicht wird oder wenn dieselben Änderungen und Ergänzungen erfahren)

Die vom zuständigen Organ genehmigte Jahresabschlussrechnung vom Vorjahr mit dem entsprechenden ergänzenden Anhang, dem Protokoll und dem eventuellen Bericht des Aufsichtsrates werden:

- ☐ diesem Ansuchen beigelegt
- ☐ innerhalb 31. Juli dieses Jahres eingereicht
- ☐ Der/Die Antragsteller/In ist darüber informiert, dass unvollständige und der Wahrheit nicht entsprechende Angaben im Sinne des Art. 76 des D.P.R. 445/2000 strafrechtlich verfolgt werden können und dass die unrechtmäßig erhaltenen Beiträge rückerstattet werden müssen.
- ☐ erklärt, in Kenntnis der strafrechtlichen Verantwortung gemäß Art. 55, Absatz 2 des GvD. Nr. 231/2007 (Dekret zur Bekämpfung der Geldwäsche), im Falle fehlender oder unwahrer Erklärungen, dass der wirtschaftliche Eigentümer¹ im Sinne des GvD. Nr. 231/2007 folgendes Subjekt/folgende Subjekte ist/sind:

Nachname und Vorname

geboren in

Provinz

am

Steuernummer

¹Zur Ermittlung des wirtschaftlichen Eigentümers von Vereinen, Stiftungen und anderen privaten Einrichtungen, die Rechtspersönlichkeit durch die Eintragung in das Register der juristischen Personen erlangen, wird auf Art. 20 Absatz 4 des GvD. Nr. 231/2007 verwiesen. Der wirtschaftliche Eigentümer ist der Gründer, sofern er lebt, die Begünstigten, sofern identifiziert oder leicht identifizierbar, die Inhaber von Vertretungs-, Verwaltungs- oder Leitungsbefugnissen. Zur Ermittlung des wirtschaftlichen Eigentümers von Körperschaften, die keine Kapitalgesellschaften, Trust oder private juristischen Personen sind, wie Vereine ohne Rechtspersönlichkeit usw., wird auf Art. 20 Absatz 1, des GvD. Nr. 231/2007 verwiesen. Der wirtschaftliche Eigentümer ist die natürliche(n) Person(en), der/denen das direkte oder indirekte Eigentum oder die Kontrolle an der Körperschaft letztlich zuzurechnen ist. Falls sich anhand dieses Kriteriums der wirtschaftliche Eigentümer nicht ermitteln lässt, gilt als wirtschaftlicher Eigentümer die natürliche(n) Person(en), die die Kontrolle über die Mehrheit der ausübenden Stimmen in der ordentlichen Vollversammlung hält/halten, oder die natürliche(n) Person(en), die die Kontrolle über eine ausreichende Anzahl von Stimmen hält/halten, um einen beherrschenden Einfluss in der ordentlichen Vollversammlung auszuüben, oder die natürliche(n) Person(en), die aufgrund des Bestehens besonderer vertraglicher Bindungen einen beherrschenden Einfluss ausübt/ausüben. Lässt sich der wirtschaftliche Eigentümer auch anhand dieser Kriterien nicht eindeutig ermitteln, so gilt als wirtschaftlicher Eigentümer die natürliche(n) Person(en), die die gesetzliche Vertretung, die Verwaltung oder die Geschäftsführung der Gesellschaft innehat/inehaben.

Kurze Datenschutzerklärung gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (EU)

2016/679 Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen.

E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it; PEC: generaldirektion.direzione generale@pec.prov.bz.it.

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (DPO - Data Protection Officer) sind folgende: E-Mail: dsb@provinz.bz.it, PEC: rpd.dsb@pec.prov.bz.it.

Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, zur Erfüllung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse oder im Zusammenhang mit der Ausübung öffentlicher Gewalt oder zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gemäß der im ausführlichen Informationsschreiben angegebenen Rechtsgrundlagen, verarbeitet. Die Daten werden so lange gespeichert, bis sie zur Erreichung der Zwecke der Datenverarbeitung und zur Erfüllung der geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden. Für weitere Informationen, auch in Bezug auf die Ausübung der im Sinne von Artikeln 15-22 der DSGVO Ihnen zustehenden Rechte, lesen Sie bitte die ausführliche Datenschutzerklärung, welche durch den nachstehenden Hyperlink zugänglich ist:

<https://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziales/beitraege/beitraege-an-oeffentliche-und-private-soziale-koerperschaften.asp>

Ort und Datum

Unterschrift

digitale Unterschrift oder leserliche Unterschrift
des/der gesetzlichen Vertreters/in und Stempel der Körperschaft

Im Sinne von Art. 38 des D.P.R. vom 28. Dezember 2000, Nr. 445, wurde die vorliegende Erklärung:

- in Anwesenheit von
(Name des/der Beamten/Beamtin der Provinz)
 - per Post oder durch eine verantwortliche Person mit der Kopie des folgenden gültigen Dokumentes vorgelegt oder versandt:
 - ☐ Identitätskarte ☐ Reisepass ☐ Führerschein
- (das Dokument muss mit Foto und Stempel oder gleichwertigem Kennzeichen versehen und von einer öffentlichen Behörde ausgestellt worden sein)

Erklärung (im Falle öffentlicher Körperschaften nicht auszufüllen)

Der/Die Unterfertigte als

- ☐ Inhaber des Einzelbetriebes ☐ gesetzliche/r Vertreter/in der Gesellschaft, Körperschaft, Verbandes, Vereins, usw.

(Firmenbezeichnung)

mit Sitz in:

PLZ Ort Provinz

Straße/Platz Nummer

MwSt.Nr. St.Nr.

bewusst, dass unwahre Erklärungen strafrechtlich gemäß Art. 76 des D.P.R. vom 28/12/2000, n. 445 bestraft werden, und dass jene Verwaltung auch stichprobenartige Kontrollen durchführen wird in Bezug auf die abgegebenen Erklärungen,

erklärt

dass der gemäß L.G. vom **30. April 1991, Nr. 13** gewährte Beitrag, worauf sich das Gesuch, welchem die gegenständliche Erklärung beigelegt wird, bezieht, hinsichtlich der Vorsteuereinbehaltspflicht von 4% gemäß Art. 28 Abs. 2 des D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600, wie folgt einzustufen ist: (1)

Nicht gewerbliche Organisationen

- ☐ Obwohl der Begünstigte nicht ausschließlich oder vorwiegend eine Handelstätigkeit ausübt, dient der Beitrag zur Verminderung von Betriebslasten oder zur Deckung von Defiziten der Betriebsführung, die auch Einnahmen aus einer gelegentlichen Handelstätigkeit enthält; **(vorsteuereinbehaltspflichtig; im Falle von Finanzierungsquoten seitens der E.U., ist diese Quote nicht der Vorsteuer unterworfen)**
- ☐ Der Beitrag dient ausschließlich zur Deckung von Ausgaben oder Betriebsverlusten, die sich bei der Durchführung von institutionellen Aufgaben ergeben; ⁽²⁾ **(nicht vorsteuereinbehaltspflichtig)** Die
- ☐ begünstigte Körperschaft ist eine ehrenamtlich tätige Organisation – ONLUS – (im Landesverzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen, Genossenschaften, Vereine, usw. laut Art. 10, D. Lg. N. 460/97 eingetragen); ⁽³⁾ **(nicht vorsteuereinbehaltspflichtig)**
- ☐ Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern (materielle oder immaterielle Anlagewerte); **(nicht vorsteuereinbehaltungspflichtig)**
- ☐ Der Beitrag ist von der genannten Pflicht des Vorsteuerabzuges aufgrund einer anders lautenden Gesetzesbestimmung befreit; ⁽⁵⁾ **(nicht vorsteuereinbehaltspflichtig)**

Unternehmen und gewerbliche Organisationen

- ☐ Der Beitrag dient zur Verminderung von Betriebslasten oder zur vollen Deckung von Betriebsverlusten einer Handels- oder Unternehmenstätigkeit; ⁽⁴⁾ **(vorsteuereinbehaltspflichtig)**
- ☐ Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist; **(vorsteuereinbehaltspflichtig)** Bez. Art. 6 Abs. 3 und Art. 55, Abs. 2, Buchst. c des D.P.R. 917/86)
- ☐ Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist und nicht in den Rahmen des Art. 33 des D.P.R. 917/86 fällt; **(vorsteuereinbehaltspflichtig)**
- ☐ Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist und in den Rahmen des Art. 33 des D.P.R. 917/86 fällt; **(nicht vorsteuereinbehaltspflichtig)**

- ☐ Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern (materielle oder immaterielle Anlagewerte); **(nicht vorsteuereinbehaltspflichtig)**
- ☐ Der Beitrag ist von der genannten Pflicht des Vorsteuerabzuges aufgrund einer anders lautenden Gesetzesbestimmung befreit;⁽⁵⁾ **(nicht vorsteuereinbehaltspflichtig)**

Nicht gewerbliche Subjekte

- ☐ Der Beitrag wird als nicht vorsteuereinbehaltspflichtig erklärt **(nicht der Vorsteuer unterworfen)**

Außerdem erklärt der/die Unterfertigte, dass er/sie:

- ☐ eventuelle Änderungen zu dieser Erklärung unverzüglich mitteilen wird, eingeschlossen besonders diejenige, die vom Art. 149 des D.P.R. 22.12.1986, Nr. 917 vorgesehen sind (mit Bezug auf den Verlust der Qualifizierung als nicht gewerbliche Organisation);
- ☐ hiermit, angemessen über die Verwendung seiner/ihrer personenbezogenen Daten und insbesondere über deren Verarbeitung, im notwendigen Maße zur Erreichung der institutionellen Zwecke, gemäß Art. 13 des EU - DSGVO 2016/679, informiert worden zu sein.

Datum

Unterschrift und Stempel

digitale Unterschrift oder leserliche Unterschrift
des/der gesetzlichen Vertreters/in und Stempel der Körperschaft

⁽¹⁾ Zutreffendes ankreuzen

⁽²⁾ Bez. Art. 143, Absatz 1 des D.P.R. 22.12.1986, Nr. 917; Die Einnahmen setzen sich in diesem Fall aus Mitgliedsbeiträgen oder Beiträgen öffentlicher Verwaltungen zusammen. Stammen die Einnahmen aus einer Handelstätigkeit, so werden diese in der Buchhaltung getrennt von den Einnahmen für institutionelle Tätigkeiten geführt, für welche der Zuschuss beantragt wird (Art. 144, Absatz 2 D.P.R. 917/86)

⁽³⁾ Bez. Art. 16 D.Lgs. 460/97;

⁽⁴⁾ d.h. eines steuerpflichtigen Subjektes, das eine Tätigkeit ausübt, welche laut Art. 55 des D.P.R. 917/86 ein Unternehmenseinkommen erzeugt;

⁽⁵⁾ Art, Datum und Nummer der Gesetzesbestimmung eintragen

Ausgaben (nach Kompetenz)

1. Personalspesen

Angestelltes Personal

Vorname, Familienname, Berufsbild und Besoldungsstufe	Anstellungs- datum	Ende Dienstverhältnis	Woch. Stund.	Feiertags- dienst/ Nacht dienst	Vorjahr Abschluss * Euro	Laufendes Jahr Voranschlag * Euro	Dem Amt vorbehalten
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			

Vorname, Familienname, Berufsbild und Besoldungsstufe	Anstellungs- datum	Ende Dienstverhältnis	Woch. Stund.	Feiertags- dienst/ Nacht dienst	Vorjahr Abschluss * Euro	Laufendes Jahr Voranschlag * Euro	Dem Amt vorbehalten
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
				☐			
Gesamt							

* gesamter Bruttolohn (inkl. Rückstellung für Abfertigung)

Zusatzspesen

Art der Ausgabe	Vorjahr Abschluss * Euro	Laufendes Jahr Voranschlag * Euro	Dem Amt vorbehalten
Mensadienst			
andere Ausgaben (angeben welche)			
Gesamt			

Spesenrückvergütungen (Angestelltes Personal)

Art der Ausgabe	Vorjahr Abschluss * Euro	Laufendes Jahr Voranschlag * Euro	Dem Amt vorbehalten
Teilnahme an Fortbildungskursen, Seminaren, Kongressen, Tagungen: • Einschreibengebühr • Reisespesen • Unterkunft und Verpflegung			
Außendienst • Reisespesen • Unterkunft und Verpflegung			
Andere Rückvergütungen (angeben welche)			
Gesamt			

Nicht angestelltes Personal

Selbstständige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Aufgabe der Körperschaft	Nr. Personen	Gesamt-stunden jährlich	Feiertags-dienst/ Nacht dienst	Vorjahr Abschluss * Euro	Laufendes Jahr Voranschlag * Euro	Dem Amt vorbehalten
			☐			
			☐			
			☐			
			☐			
			☐			
			☐			
			☐			
Gesamt						

* Bruttobetrag

Spesenrückvergütungen (Selbstständige Mitarbeiter/innen)

Art der Ausgabe	Vorjahr Abschluss Euro	Laufendes Jahr Voranschlag Euro	Dem Amt vorbehalten
Teilnahme an Fortbildungskursen, Seminaren, Kongressen, Tagungen: • Einschreibengebühr • Reisespesen • Unterkunft und Verpflegung Andere Rückvergütungen (angeben welche)			
Gesamt			

Stage Absolventen/innen und Praktikanten/innen

	Nr. Personen	Wochen Stunden	Feiertagsdienst Nachtdienst
Stage-Absolventen			☐
Praktikanten			☐

Spesenrückvergütungen (Stage-Absolventen/innen und Praktikanten/innen)

Art der Ausgabe	Vorjahr Abschluss * Euro	Laufendes Jahr Voranschlag * Euro	Dem Amt vorbehalten
Teilnahme an Fortbildungskursen, Seminaren, Kongressen, Tagungen • Einschreibengebühr • Reisespesen • Unterkunft und Verpflegung Andere Rückvergütungen (angeben welche)			
Gesamt			

Ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Anzahl Personen durchschnittliche Wochenstunden

Spesenrückvergütungen (ehrenamtliche Mitarbeiter/innen)

Art der Ausgabe	Vorjahr Abschluss Euro	Laufendes Jahr Voranschlag Euro	Dem Amt vorbehalten
Teilnahme an Fortbildungskursen, Seminaren, Kongressen, Tagungen und Tätigkeiten laut Statut • Einschreibgebühr • Reisespesen • Unterkunft und Verpflegung Andere Rückvergütungen (angeben welche)			
Gesamt			
Gesamtsumme Personalspesen			

2. Verwaltungsspesen

(für den Sitz und die Außenstellen)

Anzahl Räume **Hauptsitz** Nettofläche m²

davon bestimmt für: Verwaltung

Ausübung der Tätigkeit

Benutzung der Räume pro Woche (Stunden)

Evtl. gemeinsame Benutzung der Räume mit:

Anzahl Räume **Außenstellen** Nettofläche m²

davon bestimmt für: Verwaltung

Ausübung der Tätigkeit

Benutzung der Räume pro Woche (Stunden)

Evtl. gemeinsame Benutzung der Räume mit:

Art der Ausgabe	Vorjahr Abschluss Euro	Laufendes Jahr Voranschlag Euro	Dem Amt vorbehalten
Miete			
Hauptsitz - Nettofläche m² Vermieter			
Außenstelle - Nettofläche m² Vermieter			
Kondominiumsspesen			
Reinigungsspesen			
Strom, Wasser und Gas			
Telefon			
Post- und Schreibmaterial			
Zeitungen, Zeitschriften und Bücher			
Instandhaltungen Dienstfahrzeuge			
Versicherungen			
Steuern und Gebühren (inkl. Müllgebühren und IRAP)			
Bankspesen (ausgenommen Passivzinsen)			
Kleinere Instandhaltungsspesen			

Mitgliedsbeitrag an folgende Körperschaft (max 2):			
Kleinere Einkäufe bis insgesamt Euro 2.500,00			
Miete Ausrüstung			
Ausgaben für die Homepage			
Andere Spesen (angeben welche)			
Gesamt			

3. Spesen für Eigeninitiativen

Für jede Initiative Bericht und detaillierten Voranschlag für die einzelnen Ausgaben beilegen

Art der Initiative	Vorjahr Abschluss Euro	Laufendes Jahr Voranschlag Euro	Dem Amt vorbehalten
Organisation von Tagungen und/oder Seminaren oder anderen Veranstaltungen			
Ausgaben für Werbung			
Spesen für die Materialproduktion (CD, Publikationen, Broschüren, Flugblätter, etc.)			
Betriebsveranstaltung bis max Euro 500,00			
Andere Spesen (angeben welche)			
Gesamt			

4. **Spesen für die Betreuten** (nur für den Bereich soziale Inklusion)

Anzahl der Betreuten

Art der Initiative	Vorjahr Abschluss Euro	Laufendes Jahr Voranschlag Euro	Dem Amt vorbehalten
Spesen für Verpflegung, Mens			
Transportspesen			
Kleidungskauf			
Arztspesen			
Andere Spesen (angeben welche)			
Gesamt			

Zusammenfassung der Ausgaben

	Vorjahr Abschluss Euro	Laufendes Jahr Voranschlag Euro	Dem Amt vorbehalten
1. Gesamte Personalspesen			
2. Gesamte Verwaltungsspesen			
3. Gesamtspesen für Eigeninitiativen			
4. Gesamtspesen für die Betreuten			
Gesamtsumme der Ausgaben			

NB: Im Abschluss des Vorjahres **müssen** alle zum Beitrag zugelassenen Ausgabenposten **angeführt werden**, auch jene, für welche im laufenden Jahr nicht mehr angesucht wird.
Nicht anzugeben sind die nicht anerkannten Ausgaben

Einnahmen (nach Kompetenz)

Art der Einnahme	Vorjahr Abschluss Euro	Laufendes Jahr Voranschlag Euro	Dem Amt vorbehalten
a) Überschuss Vorjahr			
b) Eigene Einnahmen:			
Mitgliedsbeiträge			
Spenden			
Einnahmen aus Eigeninitiativen			
Vermietung von Räumlichkeiten an Nichtmitglieder			
andere Einnahmen (angeben welche)			
c) Gewährter Beitrag laut L.G. 13/91, Nr. 13 (nur vom Vorjahr)			
d) Öffentlicher Beitrag im Sinne anderer Gesetze **			
Landesgesetze (angeben welche)			
Staatsgesetze (angeben welche)			
Gemeindeverordnungen (angeben welche)			

andere öffentliche Einnahmen (angeben welche)			
E.S.F - Europäischer Sozialfonds			
Gesamtsumme der Einnahmen			

* der Verwaltungsüberschuss des Vorjahres wird als Einnahme im Ausmaß von 20% anerkannt.

** Die Körperschaft erklärt, sich mit: (Amt der Gemeinde, Provinz, E.S.F.) Bezugsperson in Verbindung gesetzt zu haben, um mögliche Finanzierungen zu erhalten und verpflichtet sich, das Amt über die entsprechenden Entwicklungen sowie über weitere Beitragsansuchen, die nach Abgabe der vorliegenden Erklärung bei der Landesverwaltung oder anderen Körperschaften für das laufende Jahr eingereicht werden, rechtzeitig zu informieren.

Übersicht Abschlussrechnung Jahr Vorjahr			Dem Amt vorbehalten
Gesamtsumme der Ausgaben	Euro		
Gesamtsumme der Einnahmen	Euro		
Überschuss/Verlust (Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen)	Euro		

Finanzierungsplan Jahr laufendes Jahr			Dem Amt vorbehalten
Gesamtsumme der Ausgaben	Euro		
Gesamtsumme der Einnahmen	Euro		
Angesuchter Beitrag im Sinne des L.G. 13/91 (Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen)	Euro		

Der/Die Gesuchssteller/in ist darüber informiert, dass unvollständige und der Wahrheit nicht entsprechende Angaben im Sinne des Art. 76 des D.P.R. 445/2000 strafrechtlich verfolgt werden können.

Ort und Datum

Unterschrift

digitale Unterschrift oder leserliche Unterschrift
des/der gesetzlichen Vertreters/in und Stempel der Körperschaft